Nr. 68 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 11. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19 8 20, 19 6 38, 19 8 97, 17 1 09. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile 32 mm breit M. 1,50, für das Ausland M. 12.—. Reklamezeile 92 mm breit M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 8.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Preisnachlaß für Buchhändleranzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Zwischenfälle in Berlin und Bremen

Wie vorauszusehen war, haben die üblen Hetzversuche im Hotel Adlon in Berlin und in Bremen reichlich Wasser auf die Pariser Revanchemühle geleitet, die gerade jetzt etwas langsamer zu laufen begonnen hatte. Nach einer Meldung des Pariser „Journals" haben diese Vorfälle zu eingehenden Beratungen im französischen Ministerium geführt. Sofort nach Vorliegen der ausführlichen Berichte der Berliner diplomatischen Vertretung „würde der Rat der Alliierten sich mit bedauerlichen Vorstellungen Frankreichs zu beschäftigen haben." Nach einem uns vorliegenden Privattelegramm aus Genf laut der offiziöse „Temps" auf Grund einer Erkundigung im Ministerium des Aeußern, daß „die Vorfälle in Berlin durchaus ernst genommen würden und zu Forderungen an Deutschland führen würden, und zwar nicht nur nach Strafe, sondern auch nach Buße". Diese Strafe und diese Buße werden nicht billig sein. Bezahlen aber werden nicht die weinfreudigen Offiziere und Hochverratsgenossen, sondern — das deutsche Volk.

Wolffs Telegraphisches Bureau in Bremen verbreitet eine längere authentische Darstellung der dortigen Zwischenfälle aus Anlaß der Anwesenheit mehrerer fremder Offiziere. Es heißt darin u. a.: „Vor Hillmanns Hotel, in welchem sämtliche Offiziere einquartiert waren, hatte sich seit mittags eine große Menschenmenge eingefunden, um den Offizieren bei ihrer Abreise wiederum ihren Aerger zu zeigen. Die Sicherheitspolizei verhinderte den Zutritt zum Hotel. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Fenster des französischen Autos, welches vorfuhr, von der Menge eingeschlagen, ehe die Sicherheitspolizei es verhindern konnte. Die Abfahrt mit dem Abendzug vollzog sich dann ohne weitere Zwischenfälle. Die sämtlichen Offiziere wurden unter starker Bedeckung zum Bahnhof gebracht. Das Garnisonkommando nimmt zu den Vorkommnissen, deren Sachverhalt noch nicht restlos geklärt ist, wie folgt Stellung. Es muß auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, daß sich die fremdländischen Offiziere nicht in Uniform mit Orden in den Straßen und Lokalen der Stadt zeigen, das muß auf die Bevölkerung provozierend wirken. Ferner ist es notwendig, daß alle Kommissionen rechtzeitig ihre Ankunft melden und daß sie einen deutschen Begleitoffizier bei sich haben. Nur in diesem Falle wird es möglich sein, rechtzeitig Sicherheitsmaßregeln zu treffen. Wenn das nicht geschieht, so kann es gar nicht ausbleiben, daß die Bevölkerung an dem Erscheinen der Offiziere auf den Straßen und in den Lokalen Anstoß nimmt und die geschilderten Vorgänge sich wiederholen. Außerdem ist zu beachten, daß ein Teil der Volksmenge in Erregung handelt. Zweifellos aber sind auch viele Elemente vorhanden, denen diese Vorgänge ein willkommener Anlaß sind zum Krawallmachen und zu Widersetzlichkeiten gegen die Sicherheitspolizei, wenn diese pflichtgemäß die gefährdeten Offiziere schützen will. Es darf ferner nicht vergessen werden, daß sich unter der Bevölkerung eine große Anzahl kürzlich erst zurückgekehrter Kriegsgefangener befinden, bei denen beim Anblick der ordensgeschmückten französischen Uniformen trübe Erinnerungen aus der Kriegsgefangenschaft geweckt werden. Unter der erregten Volksmenge befanden sich naturgemäß auch viele Anhänger, die selbstverständlich der radikalen Presse, vielleicht auch dem Ausland Veranlassung zu der Behauptung geben werden, die Lärmszenen wären durch die Reichswehrtruppen veranlaßt, was naturgemäß nicht der Fall ist. Dies hat seinen Grund darin, daß auf der Straße jeder dritte oder vierte Mann Uniform trägt, zum Teil mit Abzeichen, zu deren Tragen er nicht berechtigt ist."

Die peinlichen Zwischenfälle haben ferner die Reichsregierung zu folgendem Aufruf an die Bevölkerung veranlaßt:

In den letzten Tagen mehren sich die Fälle, daß Mitglieder der fremden Missionen, die sich auf Grund und in Ausführung des Friedensvertrages in deutschen Städten aufhalten, zum Gegenstand wörtlicher und tätlicher Angriffe gemacht werden. Die Reichsregierung warnt auf das eindringlichste vor dieser Verwilderung des öffentlichen Lebens, die mit Vaterlandsliebe nichts zu tun hat und nur zur schwersten Schädigung des Vaterlandes führen kann.

Es ist die selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen, den fremden Missionsmitgliedern gegenüber Zurückhaltung und Würde zu bewahren. Jede andere Haltung kann unabsehbare Verwicklungen heraufbeschwören und die Gesamtheit für die Entgleisungen einzelner büßen lassen.

Der Reichswehrminister wird sich mit äußerster Schärfe gegen militärische Ausschreitungen wenden, welche den fremden Offizieren in der Ausübung ihrer Amtsobliegenheiten in den Weg treten. Die Reichsregierung wird ebensowenig zögern, alle Versuche gegen Sitte und Volksinteresse schonungslos zu ahnden. Sie denkt nicht daran, ihre Politik durch einen Radaupatriotismus durchkreuzen zu lassen, der auf Kosten des gesamten Volkes sein höhnisches und gefährliches Spiel treibt. Szenen, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, können nur bewirken, daß die wenigen Stimmen im außerdeutschen Ländern auch noch verstummen, die sich nach und nach zum Sprecher für unsere Not und unser Recht gemacht haben.

Die Reichsregierung
gez. Bauer, Reichskanzler.

Das kann man nur Wort für Wort unterschreiben. Aber wenn man das tut und gerecht bleiben will, dann muß man auch fordern, daß das provozierende Auftreten von militärischen Missionsmitgliedern unterbleibt. Wer z. B. in Berlin Beobachtungen anstellt, dem fällt es auf, mit welcher Rücksichtslosigkeit die französischen Militärautos mit enormem Tempo über die belebtesten Straßen und Plätze jagen. Mit Vorliebe sitzen sie dicht am Bordstein der Gehsteige um Ecken herum. Und immer wieder sind es französische Offiziere, die in ihren auffallenden Uniformen und oft geradezu theatralischen Gebärden in den Hotels und auf der Straße paradieren. Die Engländer, Amerikaner, Italiener benehmen sich fast durchweg taktvoll. Und so ist es doch wohl kein Zufall, daß immer wieder Zusammenstöße gerade mit französischen Missionsmitgliedern vorkommen. Darauf sollte die Reichsregierung jedenfalls vor aller Welt hinweisen, wenn Strafe und Buße gefordert wird.

Im übrigen bleibt es natürlich unverantwortlich, wenn einzelne das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihr Mütchen zu kühlen auf Generalunkosten des deutschen Volkes. Ihre Buße an das deutsche Volk kann gar nicht hoch genug bemessen werden. Schon um keine Nachfolger zu züchten.

•

Ein neues Scharmützel

Französische Soldaten als Wilderer!

× Berlin, 10. März. An der Gemarkung Wernitz in der Mark wurden von der Einwohnerwehr acht Wilderer auf frischer Tat ertappt. Während sich vier ergaben, leisteten vier Widerstand, wobei einer der Wilderer erschossen wurde. Bei der Vernehmung im Amtsgebäude zu Wernitz stellte es sich heraus, daß die Wilderer, die sämtlich Zivilkleidung trugen, Angehörige der französischen Ueberwachungskommission für das Flugwesen in Charlottenburg, Fasanenstraße 87, waren. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage des Gemeindevorstehers in Wernitz geantwortet, daß die Leiche des erschossenen Franzosen einstweilen in behördlichen Gewahrsam zu nehmen sei. Die übrigen französischen Soldaten sind nach ihrer protokollarischen Vernehmung entlassen worden. Der Inhalt der empfangenen Meldung ist vom Auswärtigen Amte sofort dem hiesigen französischen Geschäftsträger übermittelt worden.

Eine gefährliche Orientpolitik

Unter den vielen Fragen, die von der Entente im Anschluß an die wirtschaftliche Umgestaltung der Welt gelöst werden sollen, ist das Kapitel „Türkei" das komplizierteste. Wühlt es doch die leidige Balkanfrage, zugleich aber auch das vorderasiatische Problem wieder auf. Die Ziele der Ententediplomaten sind durchaus verschwommen, und man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß sie selber nach einer Lösung tasten. Die Friedensbedingungen für die Türkei sind noch nicht endgültig festgelegt worden, weil die Alliierten unter sich über die Modalitäten noch nicht einig geworden sind. Deshalb versucht man jetzt, dem Problem, dessen Lösung durch die nationaltürkische Bewegung nicht erleichtert wird, dadurch beizukommen, daß man den gordischen Knoten durchschlägt. Die von Millerand angekündigte Besetzung Konstantinopels, deren Auftakt das Erscheinen einer imposanten britischen Flottenmacht vor dem Bosporus bildete, soll von einer englisch-französischen Besatzung in einer Stärke von zusammen 50 000 Mann inzwischen durchgeführt worden sein. Die Besetzung ist anscheinend eine Art vorbeugende Maßregel, denn nach allen Meldungen hat die nationaltürkische Bewegung in der Türkei, von Anatolien ausgehend, eine große Ausdehnung gewonnen.

Man geht in der Vermutung nicht fehl, daß die Intervention in der Hauptsache darauf gerichtet ist, dem Willen der Entente in der Türkei besonderen Nachdruck zu verleihen, und daß in zweiter Linie durch Einsetzung einer ententefreundlichen Regierung den türkischen Ausschreitungen in Armenien ein Ende gesetzt werden soll. Insofern bedeutet der Eingriff Englands und Frankreichs die Erfüllung eines langgehegten Traumes der alten liberalen Richtung in England, die bereits unter Gladstone für eine Vertreibung der Türken vom europäischen Boden eingetreten war. Und in der Tat scheint es, als ob mit Ausnahme eines religiösen Reservatrechtes für die heiligen Stätten in Adrianopel die türkische Herrschaft in Europa ihrem Ende entgegengeht. Die türkischen Truppen haben bereits den Befehl erhalten, Konstantinopel zu räumen, und es sind bereits die Kasernen, der nationalistische Klub und andere militärischen Zwecken dienende Gebäude von Ententetruppen besetzt worden. Vorläufig bleibt die den Ententekreisen nahestehende Zentralgewalt bestehen, ebenso das Parlament, das dabei sicherlich keine beneidenswerte Rolle spielt.

Was die türkischen Greuel in Armenien angeht, so bestand und besteht noch heute in der Tat ein dauernder Kriegszustand zwischen dieser unglücklichen Provinz und Konstantinopel, der in der Hauptsache auf Rassenfeindschaft und Religionsverschiedenheit zurückzuführen ist. Wenn jetzt endlich dafür gesorgt würde, daß diesen Massakern ein Ende gesetzt wird, so kann man das aus Gründen der Humanität nur begrüßen. Man wird aber den Verdacht nicht los, daß weder für Frankreich, noch für England dieser menschenfreundliche Eingriff Selbstzweck ist, sondern er nur als Vorwand benutzt wird, um Gelegenheit zu haben, gegen das Hauptzentrum der türkischen nationalistischen Bewegung einzuschreiten. Man hofft dadurch, allen türkischen Widerstand durch eine Kur à la Doktor Eisenbarth im Interesse der griechisch-serbischen Vormacht und einer englisch-französischen Interessengemeinschaft in Kleinasien und darüber hinaus zu ersticken. Wir möchten bezweifeln, daß diese radikalen Mittel auch den gewünschten Erfolg haben und dies um so mehr, als der unterdrückte türkische Nationalismus sich intensiv einen Ausweg suchen wird, sei es in Aegypten oder in Indien.

•

Die Amerikaner nehmen nicht teil

× Haag, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) „Chicago Tribune" meldet, daß die amerikanische Regierung es abgelehnt habe, sich an der Besetzung Konstantinopels zu beteiligen. Vermutlich wird die Regierung einen Kreuzer nach Konstantinopel schicken, aber in keinem Falle Truppen dort landen. Der Bonner Korrespondent des Blattes „La Gazetta del Popolo" meldet, daß Italien sich wohl an einer diplomatischen, aber keineswegs an einer militärischen Aktion beteiligen werde.

× Haag, 9. März. „Nieuwe Courant" und „Nieuwe Rotterdamsche Courant" betonen die Kompliziertheit und Gefährlichkeit der türkischen Frage, um so mehr, als sich Wilson nun auch noch in den Konflikt mische.

Uebergriffe der Polen

Aus Danzig wird gemeldet: Aus vielen Orten entlang des polnischen Korridors laufen bittere Beschwerden über Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Polen ein. Seit einigen Tagen werden Briefe, die aus Deutschland kommen, einerlei welcher, selbst eingeschriebene, in Dirschau angehalten und von der Zensur geöffnet. Es herrscht große Erregung hierüber.

Graf Bernstorff über Demokratie

Von unserer Berliner Redaktion

+ Berlin, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend fand die Einweihung der neuen Räume des Demokratischen Klubs in der Viktoriastraße statt. In der Festrede, die der Vorsitzende Graf Bernstorff hielt, machte er u. a. die folgenden grundsätzlichen Ausführungen über die Aufgaben des Staatsbürgers in der Demokratie:

Die demokratische Republik fordert von jedem Bürger politische Stellungnahme und Betätigung. Jeder einzelne muß davon durchdrungen sein, daß er unter einem moralischen Wahlzwang steht. Wer sich dieser Pflicht entzieht, hat das Recht verwirkt, an den bestehenden Zuständen und an den Maßnahmen der Regierung Kritik zu üben. Große, starke Parteien, die sich auf den Boden der Tatsachen stellen und auf ihnen fußen, die auf Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands bestehen, sind die Forderung des Tages, und dabei muß jeder einzelne bereit sein, seine persönlichen differenzierten Wünsche zurückzustellen und auch aufzuopfern, damit die gemeinsamen Grundgedanken zum Siege geführt werden.

Wir als Demokraten werden das Bestreben haben und haben müssen, selbständig zu prüfen und das Ergebnis unserer Prüfung bei Partei und Regierung zur Geltung zu bringen. Wir wollen uns diese unabhängige Stellung in voller Harmonie mit der Parteileitung und der parlamentarischen Fraktion wahren. Jede Zersplitterung der demokratischen Kräfte wäre ein neues Unglück für unser armes Vaterland, denn sie würde uns von dem Ziele entfernen, dem Wiederaufbau Deutschlands. Dieses große Hoffnung, dieses höchste politische Ziel kann einzig und allein auf dem Boden der Demokratie verwirklicht werden. Jeder Versuch, Deutschland auf einem andern Wege zu neuem Leben, zur Freiheit und zu neuer Größe zu führen, ist eine Illusion, die zu elendem Scheitern verurteilt ist. Deshalb verlangen wir Demokraten, daß der politische Kampf in Deutschland nun endlich auch ausschließlich mit dem demokratischen Mittel des Stimmzettels geführt wird. Verleumderische Hetzereien, Putsche und Attentate sind die Todfeinde der Demokratie: sie müssen als staatsgefährdende Ausgeburten eines ebenso kindischen wie verbrecherischen Geistes der öffentlichen Verachtung anheimfallen.

Der Kampf um die zweite Zone

Der deutsche Ausschuß für Schleswig teilt mit: Bei der Abstimmung in der zweiten Zone Schleswigs am 14. d. M. darf kein stimmberechtigter Deutscher fehlen. Von dem Ergebnis dieser Abstimmung hängt auch das Schicksal der ersten Zone ab. Insbesondere die Teile der ersten Zone, die trotz aller Machenschaften der Gegner deutsche Mehrheiten ergaben, haben an der Abstimmung in der zweiten Zone das größte Interesse. Nachdem durch das Vorbringen bestimmter deutscher Gegenvorschläge namentlich auch das Eintreten für die sogenannte Tiedjelinie die Unmöglichkeit der Clausenschen Linie klarer geworden ist und die preußische Regierung neuerdings die Erhaltung der schleswig-holsteinischen Sonderrechte ausdrücklich gewährleistet hat, haben sich die Anstrengungen der Dänen, auch die zweite Zone von Deutschland loszureißen, verdoppelt. Es wird immer offensichtlicher, daß die im Auftrage der internationalen Kommission arbeitende Polizei nur dänische Interessen schützt. Während französische Soldaten den Deutschen die schleswig-holsteinischen Abzeichen herunterreißen, schmücken sie sich selbst mit dem Danebrog. Den Reichsdänen wird jede Agitation im weitesten Umfange gestattet. Den einheimischen deutschen Beamten, mögen sie stimmberechtigt sein oder nicht, wird jedes Eintreten für Deutschland untersagt. Oberbürgermeister Thomsen, der sich nach der ihm aufgezwungenen Niederlegung seines Amtes sofort nach Flensburg in die Einsamkeit seiner väterlichen Mark begeben hatte, ist gleichfalls von der internationalen Kommission ausgewiesen worden, um eine unbeeinflußte Stimmabgabe zu sichern. Während in der ersten Zone im Hinblick auf das Ueberwiegen der dänischen Bevölkerung das öffentliche Flaggen gestattet war, ist jetzt durch die internationale Kommission für die zweite Zone das Flaggenverbot ergangen. Es soll nach außen hin nicht in die Erscheinung treten, daß die zweite Zone deutsch ist. Unter dem Titel der Unparteilichkeit wird kein Mittel unversucht gelassen, die Deutschen zu knebeln. An der Festigkeit und dem unerschütterlichen Willen der deutschen Bevölkerung werden alle Vergewaltigungsversuche und Verschleierungskünste scheitern.

Die fünf deutschen Vertrauensleute bei der internationalen Kommission für Nordschleswig haben unter der Angabe, daß die Dänenpartei begünstigt werde, ihre Aemter niedergelegt.

× Hadersleben, 9. März. Die internationale Kommission hat das für das Abstimmungsgebiet erlassene Verbot des Flaggens auf die Dauer von zwei Tagen nach der Abstimmung, also bis zum 16. März, verlängert.

•

Die Fahrt zur Abstimmung

WTB. Berlin, 9. März. Der deutsche Ausschuß für Schleswig teilt mit: Es wird darauf hingewiesen, daß am Sonnabend den 13. d. M. 7 Uhr 40 morgens ein Sonderzug für die Stimmberechtigten der 2. Zone Nordschleswigs vom Lehrter Fernbahnhof in Berlin abfährt. Die Ankunft in Flensburg erfolgt abends 8 Uhr 12. Stimmberechtigte der friesischen Inseln müssen spätestens am Freitag den 12. d. M. von Berlin abfahren, da der letzte Zug zum Anschluß an die Dampfer am 13. März vormittags 7 Uhr 12 bereits von Hamburg abfährt. Für die Hin- und Rückfahrt ist je eine einmalige Benutzung der Kleinbahnen und Dampfer in der 2. Zone gegen Vorzeigung des Legitimationsscheines gestattet. Am 14. März, dem Abstimmungstage, fahren bereits Züge aus der 2. Zone zurück, so daß Personen, die wenig Zeit haben, bereits am 15. d. M. morgens 6 Uhr wieder in Berlin sein können. Ein besonderer Sonderzug fährt am 15. März vormittags 11 Uhr 56 von Flensburg und ist abends 11 Uhr 22 wieder in Berlin.

Hinter den Kulissen des Caillaux-Prozesses

Von unserm **-Mitarbeiter

Paris (indirekt), Anfang März

Eine Wochenschrift, die ihre bissige Satire seit Jahren in den Dienst der Caillaux-Feinde gestellt hat, die den „Mann, der den Kongo an Deutschland verschachern wollte", seit den Agadir-Tagen mit Spott und Hohn überschüttete, der „Cri de Paris", hat eine andere Richtung eingeschlagen. Caillaux wird nicht mehr als „Verräter" bezeichnet, ehe nicht der Gerichtshof dieses Attribut durch Urteilsspruchung bekräftigt. Caillaux erfährt plötzlich im „Cri de Paris" eine, man möchte beinahe sagen gerechte Beurteilung. Der Wind kommt aus andrer Richtung.

Woher kommt der Kurswechsel? Die Pariser politischen Kreise wissen mehr davon, als sie angeben wollen. Gewiß ist, daß die poincaristische Presse, voran „Figaro" und „Matin", nicht gerne in die Skandalfanfare bläst. Will man warten, bis der Theatercoup des Prozesses kommt? Will man, nach bewährten französischen Advokatenmethoden, den Dolchstoß in einem Augenblick führen, wo sich die Verteidigung, wo sich Herr Caillaux schon siegessicher gebärdet und aus dem Angeklagtenpulte eine politische Tribüne macht, von der aus er mit seinen Gegnern, den offenen und verkappten, abrechnen könnte? Eine solche Peripetie in dem politischen Drama wäre ganz im Stile des französischen Barreaus.

Aber Herr Caillaux kennt seine Gegner. Mit Labori ist er gegen die Gruppe Calmette-Poincaré als Verteidiger seiner Frau aufgetreten. Wenngleich nicht Anwalt, hat er die Geheimnisse der Pariser „Gens de Justice" glänzend erlernt und versteht sich auf alle Kniffe und Finten. Aus seinem Gefängnis, wenn man die ihm in letzter Zeit zugestandene Villa in Neuilly bei Paris so nennen will, hat Caillaux die Kreuz- und Querzüge der französischen „Allianzpolitik" genau verfolgt. Er scheint mindestens ebensoviel zu wissen wie die Vertrauensmänner Poincarés und Millerands. Seitdem es sich klar und einwandfrei herausgestellt hat, daß Caillaux altes Mißtrauen gegen England, das sich „auf Kosten Frankreichs einen gefährlichen Konkurrenten (d. i. Deutschland) abschütteln wollte", in der Republik wieder stark Wurzel faßt, seitdem die schwerindustriellen Zeitungen, Briands „Eclair" und Barrès „Echo de Paris", stirnrunzelnd das „perfide Albion" bekritteln, liegt über dem Pariser Boulevard so etwas wie eine versöhnliche Stimmung für den „Mann, der Frankreich an den Kaiser verraten wollte".

Diesen Stimmungswechsel förderte auch die Zielrichtung der Millerandschen Politik: Annäherung an die Frankreich mißgünstig gesinnten italienischen Volkskreise, Ausbau der italienischen Freundschaft, der sich womöglich Spanien, dessen König bereits mit Deschanel in Verbindung steht, beigesellen soll. Der Gedanke vom latinisierten Westbecken des Mittelmeeres und der Umklammerung des englischen Ostbeckens (mit Malta als Stützpunkt) keimt in den Köpfen französischer Diplomaten wieder auf. England soll etwas „gepreßt" werden. Die „Union latine", zu der man auch die Rumänen (nötigenfalls sogar türkische Landbewohner) zählt — die Boulevardblätter verhehlen das nicht —, die bereits vor dem Kriege gedachte Entwicklung Frankreichs als Führermacht eines „lateinischen Bundes" tritt jetzt wieder als Gegengewicht zu den Bestrebungen hervor, die bekanntlich auf ein Bündnis mit England gerichtet sind. Caillaux ist ein Anhänger der „Union latine", deren Zweckmäßigkeit er vor dem Kriege zu verschiedenen Malen hervorhob.

Die politische Konstellation, wie sie sich aus den Londoner Konferenzen ergibt, begünstigt Caillaux merkbar. Was er über seine Tätigkeit in Italien, besonders in Rom, sprach, ist Wasser auf die Mühle der Vereinigung „Frankreich-Italien", die den Präsidenten Deschanel zu ihren Mitgliedern zählt. Der des Hochverrats beschuldigte frühere Ministerpräsident könnte über die Beziehungen Frankreichs zu Italien noch manches sagen. Zum Beispiel gehört Caillaux in den Kreis jener französischen Politiker, die Einblick in die diplomatische Vorgeschichte des italienischen Tripoliskrieges erhielten, genau Bescheid wußten über die Tragweite des italienisch-französischen Neutralitätsabkommens, dessen Schöpfer Delcassé und Barrère waren. Allein Caillaux „reserviert sich"; würde er aus der Schule plaudern, dann gäbe es für ihn kaum eine Rückkehr mehr in den aktiven Dienst. Mit seinem neuen Aufstieg rechnet er aber um so bestimmter, da er sich in seiner Verteidigungsrede über den „Aufenthalt in Italien" seine Indiskretion anschneiden kommen ließ. Bloß auf die Leute schlug er los, die da insgeheim hofften, England werde ins Bündnis mit Frankreich „hineinsteigen".

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die feinfühlige Londoner Diplomatie, genügend alarmiert durch die Stimmrufe Northcliffes, den Pariser Symptomen in allernächster Zeit Rechnung tragen wird. Der „Matin" ist noch immer ein Organ der Northcliffe-Propaganda. Man wird Caillaux die „Rache an Northcliffe" nicht vollziehen lassen. Doch der Mann, der vor dem französischen Hochgerichte steht, ist auf den Angriff vorbereitet. Noch hält er scharfe Pfeile in seinem Köcher.

•

Eine Verwahrung des Grafen Luxburg

* Zürich, 10. März. Der frühere deutsche Gesandte in Buenos Aires, Graf Luxburg, der sich gegenwärtig in Zürich aufhält, sagte einem Vertreter der „Züricher Post" über die sogenannten Luxburg-Telegramme, die im Caillaux-Prozeß eine Rolle spielten, daß er für diese Telegramme die Verantwortung ablehne, da er deren Inhalt nicht kenne. Die deutsche Gesandtschaft in Buenos Aires sei während des Krieges eine Durchgangsstation für den deutschen Telegraphendienst gewesen. Im übrigen könne er nicht sagen, welche von den als Anklagematerial dienenden Dokumenten echt seien. Er behalte sich eine Veröffentlichung in der Angelegenheit vor, falls die deutsche Regierung es nicht übernehmen sollte, den ganzen damaligen Standort und den unerhörten Mißbrauch seines Namens richtigzustellen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200311/1